

Berlin/Düsseldorf, 19. August 2005

Bundeskartellamt ermittelt gegen die Stromkonzerne

Die großen Stromkonzerne in Deutschland geraten wegen ihrer enorm anschwellenden Gewinne immer stärker in die Kritik. Denn gleichzeitig ziehen die Strompreise in Deutschland stark an.

Nachdem das Bundeskartellamt gerade ein Prüfverfahren gegen die Versorgungskonzerne E.on und RWE bestätigte, das dem Vorwurf des Missbrauchs der Marktmacht nachgehen soll (FAZ vom 18. August 2005), will nun Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) Aufklärung über die Rolle der Emissionszertifikate bei der Preiskalkulation. In einem Schreiben an den RWE-Vorstandsvorsitzenden Harry Roels erklärte Trittin, er könne die Begründung der Stromwirtschaft für höhere Preise „in keiner Weise nachvollziehen“. RWE solle „so schnell wie möglich nachvollziehbar darlegen“, ob und wenn ja wie viele Emissionszertifikate das Unternehmen seit dem 1. Januar gekauft und verkauft habe und „zu welchen Preisen diese Transaktionen abgewickelt wurden“, fordert Trittin. Ein RWE-Sprecher bestätigte den Eingang des Briefes. Roels werde in angemessener Zeit antworten, sagte er.

Dem Kartellamt liegen eine Reihe von Beschwerden der deutschen Industrie über die Preispolitik der vier größten Stromproduzenten in Deutschland - RWE, E.on vattenfall europe und EnBW - vor.

Der Streit hatte in den vergangenen Wochen an Schärfe gewonnen. Als Reaktion hat Werner Marnette den Vorsitz im Energieausschuß im Bundesverband der deutschen Industrie gestern niedergelegt. **Marnette hatte den Versorgern Preistreiberei und eine Ausnutzung ihrer Marktmacht unterstellt (!!!). Zudem wirft die Industries den Versorgern vor, sie kalkulierten die unentgeltlich zugeteilten Emissionszertifikate zum Ausstoss von Kohlendioxyd zum Börsenkurs als Kosten in den Strompreis ein.** Das Amt hat beide Stromkonzerne zur Stellungnahme bis Mitte September aufgefordert.

Im WDR Fernsehmagazin „Plusminus“ hatte am Dienstag ein RWE-Sprecher die hohen Börsenpreise für Strom damit begründet, dass die Stromkonzerne „die Emissionszertifikate ja zum großen Teil zu kaufen müsse. Für uns sind das zusätzliche Kostenelemente“. Der Markt vollziehe nur nach, was die Politik gewollt habe. **In der Sendung hatte eine Umweltökonomin Strompreissteigerungen von bis zu 30% (!!!!) vorausgesagt** und Trittin den Stromkonzernen vorgeworfen, sie missbrauchten ihre Marktmacht und benutzten die Zertifikate dazu, **Stromverbraucher „abzuzocken“**. Etwas sachlicher schrieb Trittin nun Roels: „Wenn ihr Unternehmen nun die - kostenlos zugeteilten Zertifikate - als Begründung für Strompreiserhöhungen anführt, ist dies in keiner Weise nachzuvollziehen.“ Der Marktpreis der Zertifikate habe sich seit dem Handelsbeginn an der Leipziger Börse im Frühjahr „lebhaft entwickelt, mit starken Schwankungen nach oben und auch nach unten. Eine Beziehung zwischen den Preisen für Zertifikate und für Strom ist nicht zu erkennen.“ **Der Zertifikatspreis diene offen-**

sichtlich „nur als Rechtfertigung für den Strompreis, wenn er steigt“, rügte Trittin. Denn als er gesunken sei, habe der Strompreis nicht nachgegeben.

Der RWE Sprecher verwies am Freitag darauf, dass der Emissionshandel die Produktionskapazitäten unrentabel machen solle, die ohne den Kostenfaktor Kohlendioxyd weiterbetrieben würden. Daher habe die Politik kostenlos nur so viele Zertifikate zugeteilt, dass nun in Europa Rechte für die Emission von 200 Millionen Tonnen Kohlendioxyd fehlten. Roels hatte schon zuvor den deutschen Großhandelspreis für Strom als einen der niedrigsten in Europa verteidigt. Bei den anziehenden Strompreisen handele es sich um einen Trend in ganz Europa, dem sich derzeit kein Strommarkt entziehe. Seit Anfang 2005 beteiligen sich Stromproduzenten und -händler, Industriebetriebe, Banken und Hedgefonds am europäischen Emissionshandel. Die meisten grossen Emittenten von Kohlendioxyd müssen für jede ausgestossene Tonne ein Zertifikat besitzen. Sie können fehlende Zertifikate zu und überschüssige verkaufen.